S 11 AL 1837/99

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Baden-Württemberg
Sozialgericht	Landessozialgericht Baden-Württemberg
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	12
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	1. Nicht zu den Förderungsvoraussetzungen einer "Strukturanpassungsmaßnahme Ost" gehört, dass der Sitz des Förderung begehrenden Unternehmens in Berlin bzw. im Beitrittsgebiet ist. Maßgebend ist vielmehr, dass der Arbeitsplatz selbst in dem genannten Gebiet liegt. 2. Die Gewährung von Lohnkostenzuschüssen ist ausgeschlossen, wenn der Arbeitgeber vor der Zuweisung die Zahl der bereits bei ihm beschäftigten Arbeitnehmer verringert hat oder er diese Zahl während der Dauer der Maßnahme verringert. Der Lohnkostenzuschuss kann aber nicht zurückgefordert werden, wenn der Arbeitgeber dem geförderten Arbeitnehmer kündigt, weil die Bundesanstalt den Lohnkostenzuschuss rechtswidrig verweigert hat. SGB III § 272
Normenkette	
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 11 AL 1837/99
Datum	31.08.2000
2. Instanz	
Aktenzeichen	L 12 AL 4314/00
Datum	16.05.2002
3. Instanz	
Datum	-

Auf die Berufung der KlÄgerin werden das Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 31. August 2000 und der Bescheid der Beklagten vom 23. April 1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 11. Juni 1999 aufgehoben und die Beklagte verpflichtet, Äber den Antrag der KlÄgerin vom 19. Januar 1999 auf FÄrderung einer StrukturpassungsmaÄnahme Ost fÄr den Zeitraum vom 1. Februar 1999 bis 25. Mai 1999 (BeschÄftigung der Rechtsanwalts-fachangestellten Britta Neumann) unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts erneut zu entscheiden.

Die Beklagte trÄgt die auÄgergerichtlichen Kosten der KlÄgerin fÄr beide RechtszÄge.

Die Revision wird zugelassen.

Tatbestand:

Die KlÄgerin wendet sich gegen die Ablehnung einer StrukturpassungsmaÄnahme Ost durch die Beklagte.

Die KlÄgerin betreibt eine Rechtsanwaltskanzlei in der Rechtsform einer Gesellschaft bÄrgerlichen Rechts. Sie beabsichtigte, die TÄtigkeit der Kanzlei auf Berlin (West) auszudehnen.

Am 19.1.1999 beantragte die KlÄgerin eine StrukturpassungsmaÄnahme Ost fÄr Wirtschaftsunternehmen und zwar die FÄrderung der BeschÄftigung einer Rechtsanwaltsfachangestellten im Zeitraum vom 1.2.1999 bis 31.1.2000. FÄr diese MaÄnahme wies die Beklagte die seit mehr als 11 Monaten arbeitslose B. N. (N), geb. am zu, nachdem diese zuvor mit der KlÄgerin bereits Kontakt aufgenommen hatte. Die KlÄgerin stellte N ab 1.2.1999 als Rechtsanwaltsfachangestellte ein.

Mit Bescheid vom 23.4.1999 lehnte die Bekl. den Antrag auf FÄrderung einer StrukturpassungsmaÄnahme Ost ab, weil die KlÄgerin ihren Sitz in Mannheim habe. Bei ihrer Niederlassung in Berlin handele es sich um eine rÄumliche und organisatorische Untereinheit der Hauptniederlassung in Mannheim, daher kÄnne eine FÄrderung des Antrags im ZustÄndigkeitsbereich des Arbeitsamtes Berlin Mitte nicht zugestimmt werden.

Am 12.5.1999 erhob die KlÄgerin hiergegen Widerspruch und trug vor, die Voraussetzungen fÄr eine FÄrderung lÄgen vor. Auf den Sitz des Unternehmens komme es nicht an.

Mit Widerspruchsbescheid vom 11.6.1999 wies die Bekl. den Widerspruch zurÄck. Die KlÄgerin betreibe in Berlin keine eigenstÄndige Rechtsanwaltskanzlei. RÄumliche und organisatorische Untereinheiten eines Betriebes kÄnnten nur dann als FÄrderungsfÄhig angesehen werden, wenn es sich um selbststÄndige Betriebsteile handle.

Am 15.7.1999 hat die KlÄgerin Klage zum Sozialgericht Mannheim (SG) erhoben: die Rechtsanwaltsfachangestellten N sei in der Zeit vom 1.2.1999 bis 25.5.1999 in dem selbstÄndigen BÄro in Berlin beschÄftigt gewesen. Die persÄnlichen Voraussetzungen der Arbeitnehmerin seien unstreitig erfÄhlt. Entgegen der Auffassung der Beklagten handele es sich darÄber hinaus bei dem Berliner BÄro sehr wohl um eine selbstÄndige Rechtsanwaltskanzlei. Die Kanzlei in Berlin verfÄge nicht nur Äber einen eigenen Mandantenstamm, sondern auch Äber eine eigene von der Mannheimer Kanzlei vÄllig getrennte BuchfÄhrung. Die Kanzlei in Berlin werde von einem beim Kammergericht Berlin zugelassenen Rechtsanwalt geleitet. Er leite den Betrieb in eigener Regie und verfÄge Äber eine vÄllig eigenstÄndige und von Mannheim unabhÄngige Organisation. Er sei weisungsbefugt gegenÄber dem Personal und entscheide selbstÄndig Äber Annahme oder Ablehnung von Mandaten, habe eine eigene EDV, eine selbstÄndige Urlaubsplanung und eine eigene Buchhaltung. Ein Austausch zwischen den Mitarbeitern in Berlin und Mannheim finde nicht statt.

Mit Urteil vom 31.8.2000 hat das SG die Klage abgewiesen. In den EntscheidungsgrÄnden, auf die im Äbrigen Bezug genommen wird, hat es ausgefÄhrt, die KlÄgerin erfÄlle die FÄrderungsvoraussetzungen nicht, da die Arbeitnehmerin N. bereits innerhalb von sechs Monaten nach dem mÄglichen Beginn der FÄrderung wieder aus dem Unternehmen ausgeschieden sei. Damit sei die sich aus [Ä§ 415 Absatz 3 Ziffer 1 SGB III](#) ergebende Forderung nach einer lÄngerfristigen FÄrderung nicht erfÄhlt. Die KlÄgerin kÄnne sich nicht darauf berufen, dass die KÄndigung erforderlich gewesen sei, weil eine FÄrderung ausgeblieben sei. Damit habe die KlÄgerin auch dann, wenn die Rechtsanwaltskanzlei in Berlin als selbstÄndiger Betriebsteil angesehen werden kÄnnte, keinen Anspruch auf einen Lohnkostenzuschuss fÄr die BeschÄftigung der Arbeitnehmerin N.

Gegen das am 6.10.2000 zum Zwecke der Zustellung zur Post gegebene Urteil richtet sich die am 6.11.2000 eingelegte Berufung der KlÄgerin. Die Auffassung des SG entspreche nicht der Rechtslage. Eine MindestbeschÄftigungsdauer von sechs Monaten beziehungsweise eine Forderung nach lÄngerfristiger FÄrderung als Voraussetzung fÄr die GewÄhrung der FÄrdermittel lasse sich aus der Vorschrift des [Ä§ 415 Absatz 3 Satz 1 Nr 1 SGB III](#) nicht entnehmen. Ein Personalabbau nach [Ä§ 415 Absatz 3 Nr 1 SGB III](#) liege nicht vor. Das ArbeitsverhÄltnis mit N habe nur deshalb wieder gekÄndigt werden mÄssen, weil eine FÄrderung nicht erfolgt sei und ohne diese zum damaligen Zeitpunkt eine BeschÄftigung nicht mÄglich gewesen wÄre. Im Äbrigen handle es sich bei der Niederlassung in Berlin um einen selbstÄndigen Betrieb der KlÄgerin. Unbeschadet dieser streitigen Frage kÄnne sich die Bekl. nicht auf die ZustÄndigkeitsregelung des [Ä§ 327 Absatz 4 SGB III](#) stÄtzen.

Die KlÄgerin beantragt,

den Bescheid der Beklagten vom 23. April 1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 11. Juni 1999 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihren Antrag vom 19. Januar 1999 auf FÄrderung einer

Strukturanpassungsmaßnahme Ost für Wirtschaftsunternehmen für den Zeitraum vom 1. Februar 1999 bis 25. Mai 1999 (Beschäftigung der Rechtsanwaltsfachangestellten B. N.) unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts erneut zu bescheiden.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Sie hält das Urteil des SG für zutreffend.

Bezüglich weiter Einzelheiten des Sachverhalts wird auf den Inhalt der Akten der Bkl., des SG sowie des Senats Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung der Klägerin ist zulässig und begründet. Der Bescheid der Beklagten vom 23.4.1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 11.6.1999 ist rechtswidrig und verletzt die Klägerin in ihren Rechten. Die Beklagte hat erneut über den Forderungsantrag unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts zu entscheiden.

Träger von Strukturanpassungsmaßnahmen können nach [Â§ 272 SGB III](#) in der Fassung des Arbeitsförderungs-Reformgesetzes vom 24.3.1997 ([BGBl. I S. 594](#)) für die Beschäftigung von zugewiesenen Arbeitnehmern bis zum 31.12.2002 durch Zuschüsse gefördert werden, wenn 1. die Durchführung der Maßnahme dazu beiträgt, neue Arbeitsplätze zu schaffen, 2. dies zum Ausgleich von Arbeitsplatzverlusten erforderlich ist, die infolge von Personalanpassungsmaßnahmen in einem erheblichen Umfang entstanden sind oder entstehen und sich auf den örtlichen Arbeitsmarkt erheblich nachteilig auswirken und 3. die Träger oder durchführenden Unternehmen Arbeitsverhältnisse mit vom Arbeitsamt zugewiesenen förderungsbedürftigen Arbeitnehmern begründen.

Diese Tatbestandsvoraussetzungen liegen vor und sind auch von der Beklagten nicht bestritten worden. Auch die persönlichen Voraussetzungen des [Â§ 274 SGB III](#) (in der Fassung des Arbeitsförderungs-Reformgesetz des vom 24.3.1997) hat die Beklagte geprüft und zutreffend bejaht. N ist arbeitslos gewesen und hat vor der Zuweisung Arbeitslosengeld bezogen. Sie hat ohne die Zuweisung auf absehbare Zeit nicht in Arbeit vermittelt werden können.

Maßgeblich für die Entscheidung über den Antrag der Klägerin ist [Â§ 415 Absatz 3 SGB III](#) in der Fassung des 1. SGB III Änderungsgesetzes vom 16.12.1997 ([BGBl. I S.2970](#)). Danach sind im Beitrittsgebiet und Berlin (West) als Strukturanpassungsmaßnahmen auch zusätzliche Einstellungen arbeitsloser Arbeitnehmer in Wirtschaftsunternehmen im gewerblichen Bereich förderungsfähig, wenn der Arbeitgeber

1. in einem Zeitraum von mindestens sechs Monaten vor der FÄ¶rderung die Zahl der in dem Betrieb bereits beschÄ¶ftigten Arbeitnehmer nicht verringert hat und wÄ¶hrend der Dauer der Zuweisung nicht verringert und

2. fÄ¶r die Arbeitnehmer wÄ¶hrend der Zuweisung berufliche Qualifizierung vorsieht, die die Vermittlungschancen der Arbeitnehmer im Anschluss an die Zuweisung verbessern kann.

Diese Voraussetzung ist bei der Einstellung der zuvor arbeitslosen N als Rechtsanwalts- fachangestellte in derartigen Niederlassung der KlÄ¶gerin in Berlin erfÄ¶llt gewesen. Es hat sich um einen neuen dort zu besetzenden Arbeitsplatz gehandelt, fÄ¶r den die Zuweisung der Arbeitslosen N begehrt wurde.

Entgegen der Auffassung der Beklagten kann die FÄ¶rderung nicht bereits deshalb abgelehnt werden, weil die KlÄ¶gerin keinen Sitz in Berlin habe. Zutreffend ist, dass die erweiterte FÄ¶rderungsmÄ¶glichkeit des Â§ 415 auf das Beitrittsgebiet und Berlin (West) beschrÄ¶nkt ist. Nicht zu den FÄ¶rderungsvoraussetzungen gehÄ¶rt jedoch, dass der Sitz des FÄ¶rderung begehrenden Unternehmens oder ein selbststÄ¶ndiger Betriebsteil in Berlin bzw. im Beitrittsgebiet Gebiet vorhanden sein muss. MaÄ¶gebend ist vielmehr, dass der Arbeitsplatz selbst in dem genannten Gebiet liegt, d.h. die gefÄ¶rderte Arbeit dort erbracht wird (Schlegel in Hennig SGB III [Â§ 415](#) Rdn. 32). Die von der Beklagten herangezogene ZustÄ¶ndigkeitsregelung des [Â§ 327 Absatz 4 SGB III](#) stellt entgegen der Annahme der Beklagten kein zusÄ¶tzliches Tatbestandsmerkmal dar. Als reine ZustÄ¶ndigkeitsregelung, welches Arbeitsamt fÄ¶r bestimmte VorgÄ¶nge zustÄ¶ndig ist, regelt diese Vorschrift nicht die von der Beklagten aufgeworfene Frage. UnabhÄ¶ngig davon hÄ¶lt der Senat die Niederlassung der KlÄ¶gerin in Berlin fÄ¶r einen selbststÄ¶ndigen Betriebsteil. Von der KlÄ¶gerin ist unter eingehender Darlegung der Tatsachen Ä¶berzeugend beschrieben worden, dass dort sowohl organisatorisch, personell als auch wirtschaftlich selbststÄ¶ndig gehandelt wird. Das haben die in der mÄ¶ndlichen Verhandlung vor dem Senat anwesenden RechtsanwÄ¶lte G. und H. noch einmal Ä¶berzeugend bekrÄ¶ftigt.

Entgegen der Auffassung des SG kann die Ablehnung der FÄ¶rderung auch nicht auf die Vorschrift des [Â§ 415 Absatz 3 Satz 1 Ziffer 1 SGB III](#) gestÄ¶tzt werden, wonach sich die Zahl der im Betrieb bereits beschÄ¶ftigten Arbeitnehmer wÄ¶hrend der Dauer der Zuweisung nicht verringern darf. Das SG die Ablehnung zu Unrecht darauf gestÄ¶tzt, dass die zu "fÄ¶rdernde Arbeitnehmerin" N. wieder entlassen worden sei.

Zu beachten ist, dass mit dieser Vorschrift Mitnahmeeffekte vermieden werden sollten. Die GewÄ¶hrung von LohnkostenzuschÄ¶ssen soll ausgeschlossen sein, wenn der Arbeitgeber vor der Zuweisung die Zahl der bereits bei ihm beschÄ¶ftigten Arbeitnehmer verringert hat oder er diese Zahl wÄ¶hrend der Dauer der MaÄ¶nahme verringert (Schlegel in Hennig, SGB III [Â§ 415](#) Rdnr.42). Die FÄ¶rderung soll auf zusÄ¶tzliche ArbeitsplÄ¶tze in Wirtschaftsunternehmen beschrÄ¶nkt sein, die sich in der Personalaufbauphase befinden ([Bundestagsdrucksache 13/5936 Seite 35](#) zu Â§ 416). Der Gesetzgeber hat damit

eindeutig zum Ausdruck gebracht, dass durch die FÃ¼rderung zusÃ¤tzliche ArbeitsplÃ¤tze geschaffen werden sollen. Zu vergleichen ist die Zahl der ArbeitsplÃ¤tze fÃ¼r den Zeitraum von sechs Monaten vor der FÃ¼rderung und wÃ¤hrend der Dauer der Zuweisung. Bereits beschÃ¤ftigte Arbeitnehmer sollen nicht durch "gefÃ¼rderte" Arbeitnehmer ersetzt werden kÃ¶nnen. Deshalb ist es maÃgebend, dass die ArbeitsplÃ¤tze bereits beschÃ¤ftigter Arbeitnehmer erhalten werden sollen. Das (positive) Tatbestandsmerkmal der ZusÃ¤tzlichkeit bezogen auf die Einstellung und das fÃ¼rdernsausschlieÃende Merkmal einer Verringerung der Zahl der im Betrieb beschÃ¤ftigten Arbeitnehmer kÃ¶nnen nicht getrennt gesehen werden (BSG, Urteil vom 23.11.00 â [B 7 AL 14/01 R](#) -). Eine zusÃ¤tzliche Einstellung liegt dann nicht vor, wenn diese nur vorgenommen wird, um einen durch eine Entlassung frei gewordenen Arbeitsplatz zu besetzen oder wenn wÃ¤hrend des FÃ¼rdernszeitraums bereits vor der FÃ¼rderung vorhandene ArbeitsplÃ¤tze abgebaut werden. Die KlÃ¤gerin hat jedoch keinen bereits vor der FÃ¼rderung vorhandenen Arbeitsplatz abgebaut, sondern das sich auf den FÃ¼rdernsantrag beziehende ArbeitsverhÃ¤ltnis wieder gekÃ¼ndigt, weil dieses ohne die FÃ¼rderung, die die Beklagte rechtswidrig abgelehnt hat, nicht tragfÃ¤hig gewesen ist, wie die in der mÃ¼ndlichen Verhandlung anwesenden Gesellschafter der KlÃ¤gerin ebenfalls Ã¼berzeugend dargelegt haben. Die KlÃ¤gerin hat das FÃ¼rdernsbegehren folgerichtig auf den Zeitraum der tatsÃ¤chlichen BeschÃ¤ftigung der N begrenzt.

Eine Rechtsanwaltskanzlei ist im Sinne des [Â§ 415 Abs 3 SGB III](#) ein Wirtschaftsunternehmen im gewerblichen Bereich, wie die Beklagte nicht in Frage stellt.

Die Beklagte hat demnach den FÃ¼rdernsantrag der KlÃ¤gerin rechtswidrig abgelehnt. Das angefochtene Urteil und die Bescheide sind aufzuheben. Die Beklagte hat erneut Ã¼ber den Antrag vom 19.1.1999 auf FÃ¼rdern einer StrukturanpassungsmaÃnahme Ost fÃ¼r den Zeitraum vom 1.2.1999 bis 25.5.1999 zu entscheiden und hier erstmals Ermessen auszuÃ¼ben. Hierbei darf sie sich nicht darauf berufen, es habe sich nicht um einen selbstÃ¤ndigen Betriebsteil der KlÃ¤gerin in Berlin gehandelt bzw. die KlÃ¤gerin erfÃ¼lle den Ausnahmetatbestand des [Â§ 415 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 1 SGB III](#). Ferner wird die Beklagte in der ErmessensausÃ¼bung nicht zu Lasten der KlÃ¤gerin die relativ kurze BeschÃ¤ftigungsdauer der N einwenden dÃ¼rfen. Das wÃ¤re wegen der rechtswidrigen Ablehnung der FÃ¼rdern, durch welche die KÃ¼ndigung der Rechtsanwaltsfachangestellten N verursacht worden ist, auch treuwidrig.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

Die Revision wird wegen grundsÃ¤tzlicher Bedeutung der Sache zugelassen.

Erstellt am: 15.11.2004

Zuletzt verändert am: 21.12.2024